

Pressemeddelelse  
Kiel, 26.09.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **SSW-Intiative: Ratsversammlung soll sich für den Erhalt der Tariftreue einsetzen**

DieSSW-Ratsfraktion will, dass die Ratsversammlung in der nächsten Sitzung am 9. Oktober in einer Resolution die Landesregierung dazu auffordert sich für den Erhalt der Tariftreuegesetzes einzusetzen. „Das Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren die Existenz von Unternehmen und Arbeitnehmern im Land gesichert. Leider wird diese Errungenschaft durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs gefährdet. Auch in Flensburg haben wir gute Erfahrungen mit dem Tariftreuegesetz gemacht. Deshalb muss sich die Ratsversammlung in Kiel dafür einsetzen, dass die Tariftreue durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und eine Initiative bei der EU gesichert wird“, sagt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion Gerhard Bethge.

„Das Tariftreuegesetz regelt, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihre Mitarbeiter nach dem ortsüblichen Tarif entlohnen. Sie ist ein aktiver Beitrag gegen die Lohnspirale nach unten, denn sie sichert Aufträge für regionale Unternehmen in den Bereichen Bauwirtschaft, Nahverkehr und Abfallwirtschaft, die bei Ausschreibungen keine Chance gegen auswärtige Billigkonkurrenz zu Dumpinglöhnen hätten. Da diese Regelung aber am 3. April vom Europäischen Gerichtshof unterlaufen wurde, müssen wir eine neue Lösung finden. Die Landesregierung kann gemeinsam mit den Tarifpartnern in Schleswig-Holstein bewirken, dass in den betroffenen Branchen geltende

Tarife als allgemeinverbindlich erklärt werden. Außerdem muss die Regierung ihren Einfluss auf Bundesebene nutzen, um die EU von der Wichtigkeit der Tariftreueregelungen zu überzeugen.

Es ist wichtig, dass auch gerade die kommunale Ebene, die von dieser negativen Entwicklung betroffen ist, den Druck auf die Verantwortlichen im Land und im Bund erhöht, damit, dass Tariftreuegesetz weiter angewendet werden kann. Daher will der SSW Flensburg, dass sich die Ratsversammlung mit diesem Thema befasst."